

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Freitag zum morgigen...
Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für sechs Monate 60 Pf., jedes weitere Viertel 25 Pf.,...
Reaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Nordens 2893 und 2894.

Interate lesen die achtjährige Hauptzeitschrift über deren Namen L. 30 III.,...
Das jetzige Heft 20 Pf., jedes weitere Heft 25 Pf.,...
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Verleger: Kurt Nordens 2893 und 2894

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Geist von 1914.

Nationalistische Kundgebungen.

Unter dem Geläute hässlicher Kirchenglocken Berlins fand schon nachmittags eine große Kundgebung der nationalistischen Verbände gegen den Gewaltfrieden auf dem Hauptplatz statt. Schüler und Schülerinnen rückten in geschlossenen Formationen mit schwarz-weiß-roten Schleifen und Fahnen an und bildeten auf dem Versammlungspfad Spalier. Militärkapellen spielten patriotische Weisen. Rhetorikere hielten um und her, und es erklang den Rednern, als sei eine gewaltige Wolkendecke über dem Platz.

Die Redner waren bemüht, die nationalistischen Verbände aufzupeitschen. So schrie einer: „Ich bin gewiß nicht blutdürstig, aber wir müssen unsere Ostsee-Probieren wiederhaben, wir brauchen ein zweites Sedan!“ Ein Offizier rief im Rausche seinen Degen heraus, rief ihn beschwörend zum Himmel und sprach: „Weiß Dismarck, ich beschwöre dich, komme zu uns herüber, mache uns einsig!“ Zum Schluß wurde das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen und die Versammlung mußte ein Zeugnis abgeben, daß sie deutsch sei.

Im Anschluß an die Versammlung bildeten sich Demonstrationstrupps, die dem Innern der Stadt zuströmten. Vor dem Hotel Eldon wurde den dort weilenden Entente-Kommissionen demonstriert, daß der nationalistisch-militaristische Geist in Deutschland trotz dem 9. November wieder in vollster Mächtigkeitsform die Reichsversammlung in der Wilhelmstraße machte die Menge halt. Eine Abordnung begab sich zu Herrn Scheidemann, der bei dieser Gelegenheit eine seiner bekannten Ansprachen hielt. Hierauf begab sich die Abordnung zum Reichspräsidenten Ebert und ließ sich auch von diesem bescheinigen, daß die Regierung über das Wesen der Nationalisten jedes Interesse hat.

Die Nationalisten setzen es sich nicht nehmen, Andersdenkende, die sie auf ihren Wegen treffen, zu belästigen. Der Himmel war so gut eingetrocknet, daß man sich wieder in die traurigen Tage des Juli 1914 zurückversetzt glaubte.

Belästigungen der Amerikaner.

Hamburg, 15. Mai.
Waffen Bureau teilt mit: Nach den gestrigen Demonstrationen lag eine Menge zum Hotel Atlantic, wo die amerikanische Mission ihre Quartiere hat. Redner der Deutschen Volkspartei und der Demokraten erhoben nochmals Protest gegen den heillosen Mord an dem deutschen Volke. Die Dolmetscher der Mission übernahmen die Übermittlung der Forderungen an die Amerikaner. Abends 7 Uhr geriet eine Menge.

Der Surrapöbel hat also wie in Berlin so auch in Hamburg die Ausländer mit seinen Kundgebungen belästigt. Wir glauben nicht, daß dieses Benehmen die Verhandlungen über den Frieden günstig beeinflussen wird.

Die französischen Sozialisten und der Friede.

Paris, 15. Mai.
L. L. meldet: Nach den sozialistischen Blättern hat die sozialistische Parlamentsgruppe gestern 16 Mitglieder gewählt, die mit 16 von dem Geschäftsführenden Ausschuss der Partei bestimmten Mitgliedern den Friedensvertrag prüfen sollen, darunter Cahin, Meyerab, Lafont, Varenne, Comperre-Morel und Ruffin-Dugand. Die Gruppe hat auch beschlossen, den Antrag auf Einsetzung eines besonderen Kammerausschusses zur Prüfung der Vertragsbestimmungen zu unterstützen.

Cahin teilt in der „Humanité“ mit, daß von der Parteileitung und dem vorerwähnten gemeinschaftlichen Ausschuss ein Manifest erwogen wird, da die Partei dem Lande gegenüber eine große Verantwortung trage. Cahin betonte scharf, daß die französischen Sozialisten auf nationalem Boden ständen; der Friede, daß die Anhänger eines gerechten Friedens eine Entlassung Deutschlands bei seinen Verpflichtungen und Schulden Frankreich gegenüber erstrebten, sei kein Glaube zu schenken. Wenn wir alle, erklärt Cahin, im Wunsche nach einem gerechten Frieden einig sind, dann sind wir es in der Übergangung, daß dieser Friede unserem Lande und seiner Zukunft günstig ist und auch der Lage Europas Rechnung trägt.

Nach den Blättern ist gestern der Kongress des Nationalverbandes der Eisenbahnen zur Beratung eines Manifests über ein neues Personalstatut, über den Wirtschaftskrieg und die Verstaatlichung der Eisenbahnen

zusammengetreten. Zu Anfang der Sitzung wurde ein Beschlusstrat angenommen, der den Revolutionären in Rußland, Deutschland und Frankreich brüderlichen Gruß sendet, jeder Einmischung in Rußland und den revolutionären Ländern widerspricht, sofortige Zurücknahme aller Truppen aus Rußland fordert, gegen den Friedensvertrag Einspruch erhebt und Aufhebung des Belagerungszustandes in Frankreich und allgemeinen Strafrieg fordert. Die Redaktionen erhoben Einspruch gegen die gemäßigte Haltung der Gewerkschaftsleitung; man hätte einen Willkommensausdruck erklären müssen, um alle Forderungen durchzusetzen. Die Gemäßigten warnten vor überhartem Vorgehen, das nur Zwischenfälle herbeiführen könnte.

Das wahre Gesicht.

In Moskau werden die Mörder Karl Liebknechts von dem unter der sozialistischen Regierung geschäfteten Militärgericht freigesprochen. An demselben Tage erhält seine Witwe die Aufforderung, 737 M. 30 Pf. Kosten für den Aufenthalt Karl Liebknechts im Zuchthause binnen einer Woche bei Vermeidung der Pfändung zu zahlen!

Der Militarismus macht ganze Arbeit. Nachdem er seinen erbitterten Feind menschlerisch ermordet und die Mörder freigesprochen, kassiert er auf Veller und Pfennig die Kosten für den Aufenthalt des Ermordeten im Zuchthause ein, in das ihn seine Bekämpfung des Militarismus gebracht hatte. Und die sozialistisch-demokratische Regierung leistet bei all dem bereitwillig Zuhälterdienste.

Proteste der Arbeiter.

Die Arbeiter und Beamten der Firmen Friß Werner, Stos und Daimler in Mariensfelde haben gestern als Protest gegen das Urteil, das im Falle Liebknecht und Dugendorf gefällt wurde, für einen Tag die Arbeit eingestellt.

Bei der Firma Friß Werner wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

„Die gesamte Arbeiterschaft der Firma Friß Werner-Mariensfelde hat mit Entrüstung Kenntnis genommen von dem Klassenurteil, das gegen die Schuldigen an dem Mord gegen die Genossen Dugendorf und Liebknecht gesprochen wurde. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß dieses Urteil dem Rechtsempfinden der Menschheitohn spricht und fordern mit aller Entschiedenheit, daß dieses Urteil durch ein Revolutionsgericht revidiert wird.“

Rechtlich lauzende Resolutionen wurden auch von der Arbeiterschaft der Firmen Stos und Daimler angenommen.

Ein neues Zuchthausgesetz.

Die „V. R.“ teilte gestern mit: Im Reichsjustizministerium ist eine Vorlage zum Schutze der Angehörigen der Freiwilligenkorps fertiggestellt worden, der sich gegen den Terrorismus der Raskalen richtet. Die Vorlage, die ja vom Reichswehrminister Nollke schon angekündigt worden ist, besteht, wie wir hören, aus einem einzigen Paragraphen:

Wer zum Vorhelfen von Angehörigen der Freiwilligenverbände auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Gesetzentwurf dürfte der Nationalversammlung, sobald es nur angeht, zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Einst glaubten die Kapitalisten durch ein Gesetz, das jeden mit Zuchthausstrafe bedrohte, der einen anderen an der Ausübung der Arbeit hinderte, die Entwicklung der Arbeiterbewegung hindern zu können. Sie erlebten eine bittere Enttäuschung, die Entschlossenheit der Arbeiterschaft setzte den Entwurf dieses Gesetzes hinweg und führte zu einer gewaltigen Erstarkung der Organisationen der Arbeiter.

Heute bereiten Sozialisten einen ebensolchen Anschlag auf die Rechte der Arbeiter vor. Nollkes Drohungen sollen demnach die Unterstützung seiner Regierungsfreunde finden. Glaubt man wirklich, daß man mit einem solchen Gesetz die gewaltige Erregung bannen wird, die überall bei den Arbeitern gegen die Freiwilligenkorps herrscht?

Pharisäer.

Von Rudolf Breitscheid.

In der Zeit, in der noch Deutschland unter den Geißeln des Krieges litt, geniert es sich wohl, die Erinnerung an die Jahre wachzurufen, in denen die Arbeit des deutschen Volkes an einen allmählichen Sieg glaubte und sich von denen, die heute am lautesten über die verbrecherische Bestimmung der Alliierten zetern, Luftschlüssel vorzukaufen ließ.

Von dem Sieges- und Eroberungsprogramm, das Herr Erzberger im November 1914 aufstellte, ist die Rede gewesen. Herr Erzberger war sicher auch in jenem Augenblick schon eine einflussreiche Persönlichkeit, aber schließlich war er doch ein einfacher Mann, sozianen ein Narr auf eigene Rechnung. Die Welt brauchte ihn nicht allzu traurig zu nehmen, und wenn er nicht inwischen auf einen so hervorragenden Vollen avanciert wäre, und sich als Vorbildender der Waffenstillstandskommission über die Niedertracht der Feinde (deren er in seiner Schweißheit natürlich immer Herr wurde) entkühlet hätte, würde wohl kaum noch jemand sein famoses Projekt der Veracknowledgement haben.

Andere Eroberungspläne, die in den Tagen des Krieges entstanden sind und verbreitet wurden, haben jedenfalls eine verbänanvollere Wirkung ausübt als die des geschäftigen Moribias, und all der Lärm, den ihre Urheber jetzt verüben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ein volleres Mittel von Schuld an dem Unglück tragen, das über das deutsche Volk gekommen ist.

Im ersten Linke ist da zu nennen die Einnahe, die unter dem 20. Mai 1915 die großen deutschen Wirtschaftsverbände, nämlich der Bund der Landwirte, der Zentralverband Deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Deutsche Bauernbund und der Reichsdeutsche Mittelstandverband, an den Reichsminister richteten, und der sich dann zu einem etwas späteren Termin die sogenannte Blüte der deutschen Intelligenz, angeführt von den Professoren Dietrich Schäfer, Reinhold Seeberg, Hermann Onken, Hermann Schumacher, dem Demokraten Friedrich Meinecke und dem um seines Ehrens halber erworbenen Doktorstitels willen in die Intelligenz aufgenommenen Generaldirektor Rirdorf angeschlossen hat.

Die Einnahe ging aus von Gerüchten, die über die Anbahnung von Friedensverhandlungen im Umlauf waren, und begrüßte mit Befriedigung eine Erklärung der amtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, nach der kein Urteilsfähiger daran denken könne, die für Deutschland günstige Kriegslage zu Gunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgendeinem seiner Feinde preiszugeben. Sie fügte den begründenden Satz hinzu: „An dieser Entschlossenheit würde allerdings auch eine unallnähere oder unsicherere Kriegslage nichts ändern dürfen, wenn anders das von Seiner Majestät dem Kaiser nach außen wie nach innen selbst ausgesprochene Ziel nicht aus dem Auge verloren werden soll.“

Von dem Ziel nach innen, unter dem wahrscheinlich der Burgfrieden zu verstehen war, wurde weiter nicht viel Aufhebens gemacht. Um so klarer wurde das Ziel nach außen entwickelt und immer wieder betont, daß vor allem kein vorzeitiger, aber auch kein lauer Friede geschlossen werden dürfe. Dem Kriege könne nur ein ehrenvoller Friede folgen, der den gebrachten Opfern ein Verzeihen und die Gewähr seiner Dauer in sich trage. Ein dauernder Friede aber sei nur einer, der sich auf einer weitgehenden wirtschaftlichen und militärischen Schwächung seiner Geaner aufbaue.

Die einzelnen Bestimmungen wurden dann des näheren auseinandergesetzt, und an die Spitze stellte man die Forderung eines Kolonialreiches, das den vielfältigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands voll genüge. Was darunter zu verstehen sei, erklärten die Professoren in einer besonderen Denkschrift. Zentralafrika allein, so sagten sie, würde nicht genügen. Es würde Deutschland zwar große Gebiete, aber im Verhältnis dazu nicht genug innere koloniale Werte geben. Hier trete die Wichtigkeit voneinander Verbindungen mit der islamischen Welt hinzu. Wenn es auch nicht offen ausgedrückt wurde, so war es

doch ohne weiteres klar, daß diese skandinavische Welt mehr oder weniger in das deutsche Kolonialreich einbezogen werden sollte.

Die Annexion Belgiens war selbstverständlich. Man drückte das so aus, daß Belgien mit unserm Souveränitätsgebiet militär- und zollpolitisch, sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens der deutschen Reichsgesamtheit unterstellt werden müsse. Eisenbahnen und Wasserstraßen seien dem deutschen Verkehrsnetz einzugliedern, im übrigen müßten Regierung und Verwaltung des Landes so geführt werden, daß die Bewohner keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches erlangten.

Was Frankreich anging, so wurde der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebietes bis etwa zur Somme und damit der Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für die deutsche Seeanbahnung bezeichnet. Das hierbei zu erwerbende Hinterland sei so zu bemessen, daß wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnutzung der zu wohnenden Kanalfähren gesichert werde. Selbstverständlich wurde das Erzecken von Brien gefordert, darüber hinaus aber auch noch die Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas de Calais.

Das war der Plan, den man aus wirtschaftspolitischen Erwägungen aufstellen zu müssen glaubte. Aber man begnügte sich damit keineswegs. Den militärstrategischen Erwägungen sei ebenfalls Rechnung zu tragen, und es wurde besonders hervorgehoben, daß wir um der Sicherheit unserer Grenzen willen unter keinen Umständen die Festungen Verdun und Belfort und den dazwischen liegenden westlichen Abfall der Vosges den Franzosen überlassen dürften. Auch für Frankreich wurde eine ähnliche Klausel wie für Belgien hinaufgeführt, die auf die politische Enttötung der Bewohner der zu annektierenden Gebiete hinausläuft. Außerdem aber hieß es noch, daß die in diesen Gebieten vorhandenen wirtschaftlichen Rohstoffe einschließlich des mittleren und arktischen Gebietes derart in deutsche Hand zu überführen seien, daß Frankreich deren Existenz unerschütterlich übernehme.

Dem Appetit im Westen entsprach durchaus der Hunger im Osten. Dort forderte man eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preussischen Grenzen durch Anneliederung mindestens von Teilen der Ostprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete. Westpreußen, Posen und Schlesien seien durch Vorstoß weiterer Landstriche zu sichern, die russische Kriegsentwicklungsgebiete in großem Umfang in Land zu bestehen.

Die Kriegsentwicklungsfrage im allgemeinen wurde in der Eingabe der großen Verbände weniger beachtet. Um so eifriger beschäftigten sich mit diesen materiellen Dingen in ihrer Zusatzschrift die bekanntlich nur in der Welt der Ideen lebenden intellektuellen Führer der deutschen Nation. Hier hieß es: „Nehmen wir in die Lage, England eine Kriegsentwicklungsfrage aufzuerlegen, kein Geldbetrag könnte hoch genug sein.“ In erster Linie aber müsse man sich an Frankreich halten. „Wir sollten nicht in falscher Wildheit zaudern, es auf schwere zu belasten.“ Die Zahlung eines wesentlichen Teiles der Kriegsentwicklungsfrage müsse in solchen Effekten erfolgen, deren Besitz die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in den Ländern seiner politischen Freunde stärke.

Das ist ein kleiner Auszug aus dem Plan der Leute, die den stärksten Einfluß auf die deutsche Regierung und die deutsche Politik ausüben vermöchten, und die während des Krieges ihre Stellung ausgenutzt haben, um sich auf Kosten der Gesamtheit schamlos zu bereichern. Ihre Eingaben wurden damals streng vertraulich behandelt, und sie sind nur einem sehr kleinen Kreise in Deutschland in die Hände gekommen. Der Entente aber wurden diese alles Maß überschreitenden Forderungen bekannt, und sie hat ihre Kriegspolitik danach eingerichtet. Sie war auch sehr genau darüber unterrichtet, in welchem Umfang die kaiserlich-industriellen und agrarischen Verbände die maßgebenden Reklamationsstellen am Kaiser hatten. Sie wußte, daß hier nicht ein paar Narren Bruderichwäre und Papier verschwendeten, sondern daß die Verfasser der Denkschriften in Wirklichkeit die heimlichen Regenten Deutschlands waren. Und wenn sie noch irrendwelche Zweifel darüber gehabt hätte, ob die deutsche Regierung bereit sein würde, den wahnwitzigen Vorschlägen zu entsprechen, so konnte sie der Friede von Brest belehren, der im Grunde noch über das Programm vom Frühjahre 1915 hinausging.

Sobald die Urheber dieses Programms und die, die ihnen nahe stehen, wie, um nur ein Beispiel zu nennen, die Stresemann und Genossen, auch nur ein Klitzchen von Recht, sich heute über die Bedingungen der Alliierten kritisch zu äußern? Haben die Intellektuellen, die damals im Namen „der Wissenschaft, der Kunst und der Kirche“ verkündeten, daß eine Kulturpolitik ohne Machtpolitik nicht möglich sei, und die Bibelworte zu Hilfe riefen, um ihren fribalen Forderungen einen moralischen Anstrich zu geben, einen Anbruch darauf, sich heute in die ersten Reihen der Professore zu drängen?

Ein Volk, das etwas auf sich blickt und das den Beweis erbringen wollte, daß es wirklich mit der Verantwortung gebrochen hat, müßte diesen pharisäischen Denklern ins Gesicht speien und sie mit der Weisheit an den Pranger treiben.

Vorbereitung zum neuen Krieg.

Es werden wiederum einige Nachrichten verbreitet, wonach das neue Rüstungsprogramm in vollem Umfange begonnen hat. So berichtet die „Köln. Rundschau“ am Donnerstagabend unter der Epithete „Graudenz bereitet sich zum Waffengang vor“:

Hier fand eine gewaltige Protestkundgebung gegen den Friedensvertrag statt. Es beteiligten sich daran etwa 15 000 Personen. Der Gouverneur von Westfalen erklärte: Wir müssen uns vorbereiten auf den Ruf der Regierung, zu den Waffen zu greifen. Er forderte zum Eintritt in die Freiwilligenverbände auf. Darauf erfolgte der Abmarsch zum Rathaus, wo der erste Bürgermeister Dr. Peters das Kreuzband zum Deutschtum ablegte.

Der Gouverneur der Festung Graudenz ist keine nebensächliche Persönlichkeit, sondern er bekleidet einen der höchsten Posten in der militärischen Hierarchie. Wenn er

also ausdrücklich auf den Ruf der Regierung, zu den Waffen zu greifen, vorbereitet, so ist das ein neuer Beweis dafür, daß die Militärkassen für einen neuen Feldzug schmieden. Auch will die badiische Presse von zuverlässiger Seite aus Berlin erfahren haben, daß die Grenzschutztruppen auf die doppelte Stärke ihres bisherigen Standes gebracht werden und daß die Auflösung des Großen Hauptquartiers in Kolberg vorläufig vertagt worden sei. Die Nachricht von der Verstärkung des Grenzschutzes wird offiziell ausdrücklich bestätigt.

Jetzt wird folgendes offiziell mitgeteilt: Von der angeblich aus Süddeutschland gemeldeten Verdopplung der Grenzschutztruppen und der vorläufigen Verschiebung der Auflösung des Großen Hauptquartiers ist den amtlichen Stellen nichts bekannt. Derartige Pläne sind auch nicht erwärdet worden.

Am Donnerstag ist, wie wir hiermit ausdrücklich feststellen, vom Staatskommissar für Oberschlesien, dem Rechtssozialisten Börsing, öffentlich mitgeteilt worden, daß „militärische Verstärkungen zum Teil bereits eingetroffen, zum Teil im Anmarsch“ seien. Sind also die Grenzschutztruppen, nicht verdoppelt, sondern nur um etwa neun Zehntel verstärkt worden?

Die Rechtssozialisten und der Friede.

Die Erklärung über die Friedensfrage, die in der Fraktion der S. P. D.-Arbeiterfraktion vorgelesen wurde, zeigt, daß auch den rechtssozialistischen Arbeiterkreisen vor der neuen Entfesselung des Nationalismus und den fürchterlichen Folgen graut. Es ist kein Zweifel, daß die Haltung Stamper im „Vorwärts“ im Widerspruch mit der Auffassung der übergroßen Mehrheit der Berliner Arbeiterfraktion steht. Wie in den kritischen Augenblicken Herr Stamper das Lösungswort für die Kreditbewilligungen und für den Verrat an den Grundgesetzen des internationalen Sozialismus gegeben hat, so bringt er jetzt wieder keine Feute in eine Abenteuer- und Verzweiflungspolitik hinein, deren tragische Wirkung nicht zweifelhaft sein kann.

Der rechtssozialistischen Provinzpresse erscheint diese Politik offenbar recht bedenklich. Das „Hamburger Echo“ schrieb zunächst am 8. Mai, das deutsche Volk müsse sich in das Unvermeidliche fügen. Am nächsten Tage führte es aus:

„Wir sind nicht in der Lage, uns große heroische Taten leisten zu können. Ein harrtes „Nein“, ein trostloses „Annehmbar!“ wie unsere kapitalistische Presse es wünscht, kann und darf nicht Deutschlands Antwort sein. Wir sind nicht willens, den Krieg wieder aufzunehmen, wir wollen mit den Mächten der Vergangenheit brechen, die uns in diesen Zusammenbruch hineingeführt haben, aber wir wollen nicht mit ihnen brechen, wir würden sofort einen neuen Krieg heraufbeschwören, wenn unsere Antwort an die Sieger ein glattes, plummes „Nein“ sein würde. Reichte die Staatskunst der neuen demokratischen Regierung Deutschlands nicht höher hinauf, so hätte es sich nicht gelohnt, den Sabel abzuwerfen von Dohngolfern und seine Ruten abzuwerfen von Dohngolfern, denn ein „Nein!“ herauszusammeln, das hätte auch die noch fertig gebracht, wenn das Volk nur bereit gewesen wäre, noch länger durch Blut und Leid zu waten.“

In einem folgenden Artikel „Unterscheiden oder Ablehnen?“ tritt das Blatt schließlich für das Unterscheiden unter Protest ein. Es wendet sich auch gegen die erregte Gefühlsregung Stamper, der nur keine Privatmeinung vertritt, die von der übrigen „Vorwärts“-Redaktion nicht geteilt werde.

Einen ähnlichen Standpunkt vertreten eine ganze Reihe anderer rechtssozialistischer Blätter. Die „Magdeburger Volksstimme“ z. B. warnt vor dem „gefährlichen Spiel“:

„Indessen bestünde für unser Land in einer noch schlimmeren Lage als jeherzeit das große russische Reich. Und fehlt, was Russland hatte, das große Hinterland, das die Rohstoffmittel schaffen könnte, die uns fehlen, von den Rohstoffen für die Industrie ganz zu schweigen.“

Deshalb müssen wir die Frage, ob der Friedensvertrag unterzeichnet werden darf oder nicht, trotz aller Empörung über die uns zugemutete wirtschaftliche Erniedrigung und moralische Demütigung mit lädlichem Blute prüfen. Der Zorn ist in solchen Tagen der allerschlechteste Ratgeber. Freilich, die ostpreussischen Junker können gut „Niemand!“ rufen. Sie sitzen auf ihren Klitschen, füttern ihre Schweine und bauen ihren Wohlstand, sind vielleicht sogar in der Lage, für hohe Schleichhandelspreise die ebenso forschenden Reinsager aus den Kreisen der rüstlichen Kriegsgewinner zu verlangen.

Aber das darben arbeitende Volk denkt an die verstärkte Blockade, die den Hungerriemen noch enger schnallen läßt, denkt an den Ruin der Industrie, der die Rohstoffe entzogen werden und die deshalb den Arbeitern keine Verdienstmöglichkeiten mehr bieten kann.

Deshalb kann man nicht sagen: Wir unterschreiben niemals! Wir müssen im Lande der Regierung den Rücken stärken, damit sie Verhandlungen erreicht und in diesen Verhandlungen andere Bedingungen zu erlangen sucht. Aber wir müssen auch der traurigen Aussicht ins Auge sehen, daß schließlich unter dem Zwange der Not auch der Gewaltfrieden angenommen werden muß. Unter Protest natürlich, unter dauerndem Hinweis darauf, daß dieser Friede keinen Bestand haben kann. Aber schließlich, wenn die Vernunft und das Recht nicht hilft, dann muß das deutsche Volk auf die Zukunft bauen, die allein imhunde ist, den Imperialismus der Entente zu brechen, wie der deutsche Imperialismus gedrohen ist.

Diese Entwicklung müssen wir abwarten, ohne zu zweifeln, die Hände zusammenbringen in der Gewißheit, daß sie nicht ausbleiben wird. Alles andere, vor allem das Spielen mit dem eigenen Untergang, ist Wahnsinn!

Ähnliche Ausführungen kann man in den rechtssozialistischen Organen von Offenbach, Chemnitz, Eisenach, Essen und anderen Orten finden, die alle vor der nationalistischen Gefahr warnen, die uns mit einer neuen Katastrophe bedroht.

Die Sozialpolitik der rechtssozialistischen Führerschaft ist also auch in ihrer Partei auf Widerspruch. Es ist aber zu befürchten, daß der Einfluß der Parteibureaucratie stark genug ist, um diesen Widerspruch so weit zu dämpfen, daß er praktisch wirkungslos bleibt. Die Regierung, Scheidemann voran, hat der nationalistischen Agitation das Signal gegeben. Die Rechtssozialisten machen bereits

meisame Protestaktionen mit den Bürgern und die Gefahr besteht, daß sie die nationalistischen Geister, die so gerufen haben, nicht mehr bannen können, selbst wenn sie wirklich wollten. Ihre Politik führt uns in den Abgrund!

Heuchlerische Entrüstung.

Die an der Freisprechung der Anacloaten im Moabitischen Nordprozeß interessierten Kreise entrüsten sich maßlos darüber, daß wir bei der Freisprechung des Urteils dem Empfinden des Proletariats Ausdruck geben und voraussetzen haben, wie dieser Freispruch auf das Ausland wirken werde. So verbreitet das Volkliche Bureau die folgende offizielle Notiz:

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß noch nie eine deutsche Zeitung dem Gegner schamloser Argumente als Vorgehen nachgelegt hat als die „Freiheit“. Sie lehnt die Bourgeoisie der Alliierten Massen gegen das eigene Volk, das Waffen, deren lägenhafter Charakter ihr aufs genaueste bekannt ist. Und alles, um immer politisch ihr Geschäft zu machen! Die Regierung hat dem Lieblings-Prozeß seinen rechtmäßigen Verlauf gelassen, ohne auch nur im geringsten für oder wider Stellung zu nehmen. Ihr stetig umherverfassungsmäßige Aufgabe ob, das gesprochene Urteil zu bestätigen oder nicht zu bestätigen. Falls sie sich zu einer Veränderung der Entscheidung entschließen sollte, liegt der Grund nicht darin, daß bei dem Julianbelommen des Urteils etwas Unrechtmäßiges mitgewirkt hat, sondern weil sie jede Möglichkeit ausgenutzt sehen will, noch Unschlüssiges zu klären und noch nicht festgestellte Schuld festzustellen.

Diese Notiz offenbart wieder den schamlosen und verstockten Charakter unserer offiziellen Politik. Glaukt die Regierung, daß das Ausland so leicht über unsere Verhältnisse unterrichtet ist, daß es nur auf unsere Worte wartet, um sich ein eigenes Urteil zu bilden? Genau so wie Kurt Eisner von den am Kriege Schuldigen heuchlerisch schimpft und verleumdet wurde, weil er es gewagt hatte, einen Teil der Akten über die Schuld Deutschlands im Kriege zu veröffentlichen, so werden auch wir belächelt und verleumdet, weil wir der Wahrheit die Ehre geben und an der von der Regierung und ihren Sandlancetten betriebenen Veräufelung der Öffentlichkeit durch Lüge und Fälschung nicht teilnehmen wollen. Wenn die Partei „Sozialisten“ in der Regierung nur ein wenig ihr Gewissen anstrengen wollten, so würden sie sich daran bemühen, daß genau die gleichen Vorwürfe von der Partei, die belächelt und verleumdet werden, nicht erachtet werden und daher den Kampf gegen die herrschenden Klassen führen.

Der „Vorwärts“ schreibt einen langen Artikel zu dem Prozeß, weniger aber über die Verhandlung selbst, als zu den Ausführungen, mit denen wir uns Urteilsspruch beglückwünschten. Der Inhalt des Artikels kann ungefähr auf die Formel gebracht werden: Daß wir den lieben Gott und das Ehrenwort wahren, die werden schon das Richtige finden. Und da das Militärgericht keine Romeraden freigesprochen hat, so liegt für die Arbeiter kein Anlaß vor, sich über das Urteil zu entrüsten. Dagegen ist der Unterschied zwischen der Auffassung des „Vorwärts“ und der Auffassung des durch uns vertretenen revolutionären Proletariats dieser: dem „Vorwärts“ geht überhaupt der rechtssozialistischen Führung — von den bürgerlichen Parteien gar nicht zu reden — ist die Wiederherstellung und Anerkennung der alten Verhältnisse wiederzugewandt werden muß. Wer dagegen auf dem Boden der Revolution steht und die Befreiung der alten Klassenrechte fordert, der muß verlangen, daß auch in der Rechtsprechung nicht mehr die alten verrotten Paragraphen gelten, sondern den neuen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Bürgerliches Recht im alten gebrauchten Sinne bedeutet Klassenjustiz, also Begünstigung der Bourgeoisie durch bürgerliche Richter und Ausweitung minderes Recht für das Proletariat. Revolutionäre Justiz dagegen ist die Befreiung jeder Klassenjustiz. Wer die Klassenjustiz als ein Recht bestehend anerkennt, der muß auch das Urteil im Nordprozeß von Moabit als gerecht anerkennen. Wer revolutionäres Empfinden hat, den muß dieses Urteil aufs bestmögliche empören.

Dabei ist die Behauptung falsch, daß das westliche für uns die Verurteilung der Angeklagten in diesem Nordprozeß war. Was wir verlangten, das war die Freisprechung der Wahrheit, die rücksichtslose Aufdeckung des Verbrechens, die schonungslose Verfolgung der Schuldigen. Und was wir der militärischen Klassenjustiz zum Vorwurf machen, ist, daß sie dabei versucht, die Spuren der Verbrechen zu verwischen, und daß sie bei der Verlauf der Voruntersuchung wie der Verhandlung alles andere waren, als eine unbefleckte Pilage der Wahrheit.

Nachtrag zum Moabitischen Nordprozeß.

Die Presse ist im allgemeinen mit dem Ausgang des Moabitischen Nordprozeß zufrieden. Allgemein wird die „objektive Prozeßführung“ durch den Vorsitzenden des Kriegsgerechts hervorgehoben. Es sei alles getan worden, um die Wahrheit aufzudecken, und wenn noch verschiedene Punkte nicht völlig geklärt wären, so läge dies an den eigentümlichen Umständen, die mit der Ermordung der Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zusammenhängen.

Wir sind der Auffassung, daß die Prozeßführung durchaus nicht so objektiv war, wie sie es bei der ungenügenden Bedeutung dieses Falles hätte sein müssen. Wir haben allerdings von vornherein von einem Kriegsgerecht eine andere Prozeßführung nicht erwartet, wie wir auch einen anderen Ausgang des Prozeßes nicht erwartet haben. Wir haben noch einmal hervor, daß weder in der Voruntersuchung noch in der Hauptverhandlung auch nur der leiseste Versuch gemacht wurde, den tiefsten Beweggründen des schrecklichen Verbrechens nachzugehen. Die Urheber der heillosen Töte, die gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführt wurde, die geheimen Gehebe, die durch Flugblätter und Plakate zur Ermordung der Genannten aufforderten und Preise für ihre Köpfe aussetzten, die ganze Verschwörung der Gegenrevolutionäre hätte ans Licht gezogen werden müssen. Denn weislosig wurde gerade durch diesen Prozeß

Groß-Berlin.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Bewilligung von Diäten und Fahrkarten an die Stadtverordneten stand als erster Punkt zur Beratung. Stadtdirektor Rosenow und Dove wandten sich gegen die Vorlage und wünschten den früheren Zustand wieder zu erhalten. Genosse Rosenfeld trat ihnen entgegen mit dem Hinweis darauf, daß die ehrenamtliche Tätigkeit nur bewirkt werde, die minderbemittelten Mandatsträger davon auszuscheiden. Die Vorlage ging an einen Ausschuss.

Hiernach wurde über die Unterbringung von Kindern auf dem Lande beraten. Herr Katsberg von der Bürgerlichen Vereinigung behandelte die Frage, ob darin bisher überhaupt nichts geschehen sei. Genosse Wegl konnte für die außerordentlich zügellose Tätigkeit der Sozialdemokratie auf diesem Gebiete entgegenhalten. Er erhob aber auch berechtigte Anklagen gegen die Bürgerlichen, durch deren Verhalten der Krieg mit seinen einschüßlichen Folgen verlängert worden ist. Er wies ferner nach, daß auch für die Militärkinder etwas geschehen müsse, die oft äußerster Not erliegen, um nur ihre Kinder nicht allzuweit von sich lassen zu müssen. Die mehrheitlich von sozialer Arbeit und patriotischen Verhalten der bürgerlichen Parteien durch Aufweisung der nationalen Verbände über meist ungebührlich über das Maß, besonders auch über die Kinder, heraufbeschworen.

Der Hauptteil der Sitzung nahm die Fortsetzung der Haushaltsberatung ein. Der Ausschuss empfahl in bezug auf die Gehaltsregelung der Magistratsmitglieder und Beamten zu warten, bis eine allgemeine, organische Regelung erfolgen kann. Oberbürgermeister Wermuth sagte zu, daß die Gehaltsregelung heranzuziehen, wünschenswert, dies gemeinsam mit Groß-Berliner Gemeinden zu tun und erbat Delegation von Stadtverordneten hierzu.

Unter Vorwürfen für Veranlassung von Volkskonzerten eine Subvention zugewendet worden. Gen. Leib wünschte die Mittel der Stadt in höherem Maße für Volkshilfszwecke im allgemeinen aufgewendet zu sehen.

Eine längere Debatte entspann sich über den Beschluß des Ausschusses, das Einkommenminimum von 500 auf 1000 M. zu erhöhen und von 10000 M. an die Steuerprogression zu gestalten. Stadtdirektor Rosenow wendete sich dagegen. Er erklärte zwar die Begrenzung auf 500 M. als zu niedrig an, fand aber den Sprung zu groß. Stadtdirektor Wege dachte in dieser Hinsicht logischer. Er erklärte sich sofort mit der progressiven Steigerung von 10000 M. ab einverstanden und bestaunte, die Selbstbeschränkung auch auf die kleinen Einkommen auszuweiten. Genosse Dünke verteidigte Herrn Rosenow gegenüber mit Entschiedenheit die Interessen der Arbeiterklasse.

Zum Schluß der Erörterung über Genosse Leib aus, unsere Stellung zum Staat heute eine andere sein als früher. Der Staat enthält zwar indirekte Steuern, wie die Verbrauchssteuer. Diese sofort aufzuheben, würde ein Schaden an die Unternehmern sein und ist daher nicht anzugehen. In Zukunft werde aber eine Änderung auch in der grundlegenden Umgestaltung der Einkommensteuer möglich und die Befreiung aller Bedürfnisse auf diesem Wege möglich sein. Diese Gesichtspunkte hätten unsere Parteigenossen bestimmt, den Staat anzunehmen.

Stadtdirektor Rosenow glaubte zu größter Sparsamkeit mahnen zu müssen und behauptete, auch in Zukunft könne nicht auf eine indirekte Steuer verzichtet werden. Gen. Wermuth entgegnete ihm, daß dann der Zustand matter bestehen würde, daß die ärmere Bevölkerung einer Doppelbelastung unterworfen sein würde. Sparsamkeit in der Entlohnung und Beförderung der Arbeitsträger, die das Wirtschaftsleben aufrechterhalten, sei Raubbau. Demnach gegen direkte Sozialisierung wirkliche Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Das verleitete Herrn Cassel dazu, in aller Öffentlichkeit den Nachweis zu führen, daß er den Grundgedanken der Sozialisierungstheorie absolut nicht begreifen kann. Er polemisierte dann gegen die von uns geforderte Neuordnung der Magistratsverfassung. Gen. Leib unterbrach jedoch nochmals die Fortsetzung des Einkommenssystems auch in den Kommunen zu befehligen. Von Sparsamkeit zu reden, wo in der Tat nur die allerbringendsten Ausgaben erfüllt werden können. Die Waise hat der Krieg verschuldet und nicht, wie gemeinhin behauptet wurde, die Revolution, und auch nicht die Arbeiterräte, die im Gegenteil die Fortbewegung gerettet haben. Die Feststellung des Haushaltsplans erfolgte einstimmig.

Gemeindevertreter-Konferenz des sozialdemokratischen Verbandes Groß-Berlins u. S. P. D.

Sonnabend, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, Konferenz aller Stadtverordneten und Gemeindevertreter Groß-Berlins im Sitzungssaal Rathaus Berlin, Singana Alnstraße.

Tagesordnung:

1. Kommunale Forderungen der U. S. P. D. Referent: Genosse Emanuel Wurm.
2. Bericht des kommunalen Ausschusses Groß-Berlins (insbesondere Entschädigungsfrage), Wahl von Kommissionen. Referent: Genosse Hermann Weis.

Es wird gebeten, daß jeder Ort, soweit U. S. P. D. Vertreter anwesend sind, vertreten ist. Der kommunale Ausschuss der U. S. P. D. Groß-Berlins, Dr. Rosenfeld.

Zur Friedensfrage.

In Adlershof fand am Mittwochabend eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung in Wäldchen Garten statt, die den Darlegungen des Referenten Genossen Leib rechtlich zustimmte. — In der Pfefferberg-Brauerei in der Frankfurter Straße, in der Genosse Lampe-Möppel sprach, waren im Garten etwa 2000 Personen anwesend, die durch förmlichen Beschluß ihre Zustimmung zu der Stellung der U. S. P. D. in der Friedensfrage kundgaben. Viele neue Mitglieder wurden aufgenommen. Auch in Stralau fand am Dienstag eine überaus feine Versammlung statt. Die trefflichen Ausführungen des Genossen R. Pfeiffer sowie der Diskussionsführer wurden oft durch förmlichen Beschluß unterstrichen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde u. a. sofort die nationalpolitische Debatte protokolliert.

Schlesinger. Unsere 3 öffentlichen Versammlungen waren außerordentlich stark besucht und mußten in der Parklounge und Bürgerheimstraße Vorkonzertversammlungen eingeleitet werden. In der Vorlaue sprach Gen. Leib, in der Turnhalle-Bürgerheimstraße Gen. Wolf Hoffmann, in Café Bellevue Genosse Witzke. Es waren in den 3 Versammlungen gut 10000 Personen anwesend, die einstimmig zum Teil noch eingehender Diskussion eindringlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages forderten, wenn auch starke Kritik an der Entensforderung geübt wurde. — Gleichfalls wurde einstimmig die sofortige Aufhebung des Verlagerungsmandates und die sofortige Einlösung der politischen Inhaftierten verlangt. Eine ganze Anzahl Resolutionen für die U. S. P. sowie Neubestimmungen für „Freiheit“ und „Freie Wahl“ waren ebenfalls zu verzeichnen.

indem sie die deutsche Industrie vernichtet. Die Resolution wendet sich gegen den Friedensvertrag der Entente an die allgemeine Solidarität der Völker, die bei einer Ratifizierung des Gewaltfriedens auch fernwärts bedroht sein würde.

Es wäre wünschenswert, den Wortlaut dieser Entschiedenheit der Vorstände der Gewerkschaften zu erfahren, den die vorstehende Meldung der U. S. P. leider nicht mitteilt.

Zusammentritt des Friedensausschusses.

Der Friedensausschuss der Nationalversammlung wird am Sonnabend, den 17. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Reichsfinanzministerium in Berlin wieder zusammentreten.

Diplomatischer Situationsbericht.

Verfaßt, 15. Mai.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet, daß ein Ausschuss für Offizierangelegenheiten gestern von der Friedenskonferenz eingesetzt wurde. Es wurde beschlossen, daß eine alliierte Flotte in die Ostsee geschickt wird und eine Anzahl internationaler Infanteriebataillone gebildet wird. Wenngleich der Zweck dieser Expedition amtlich noch nicht bekanntgegeben worden ist, liegt doch Grund zur Annahme vor, daß eine Operation gegen Petersburg stattfinden soll, da Admiral Koltschak darauf besteht, daß man den Finnen nicht erlaube diese, gegen Petersburg zu ziehen.

„Chicago Tribune“ berichtet, daß der Vizepräsident nicht nur die Eventualität einer sofortigen Durchführung der Blockade im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages erörtere, sondern auch die völlige Aufhebung der Blockade besprach für den Fall, daß der Friede unterzeichnet werde. Das Blatt hält diesen Umstand für ein Angehen, daß in amerikanischen Kreisen gestern die Ansicht vorgeherrschte habe, Deutschland werde den Vertrag unterzeichnen. Man ist der Ansicht, daß Scheidemanns Rede und die Proteste der deutschen Delegation nur begnadeten Protekte gegen den Friedensvertrag andringen zu können, daß dagegen, sobald die Frist sich dem Ende nähert, oder gar vorher noch, der Vertrag unterzeichnet werden wird.

Verstorbene Lügner.

Wolff Burrau meldet: Die inzwischen amtlich als unwohl gekennzeichnete Nachricht, daß der Generalstabchef in Berlin einen Plan zur bewaffneten Erhebung des deutschen Volkes ausgearbeitet habe, ist von dem unabhängigen Sozialdemokraten Gruschwitz in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung wie nachträglich festgestellt sein möge, aufgebracht worden. Die „Freiheit“ hat die Quelle der erlogenen Nachricht leuchtend schwärzen. Es hätte ihr ein leichtes sein müssen, die Unwahrscheinlichkeit der aufstrebenden Meldung festzustellen. Dieser Umstand dürfte die Taktik der „Freiheit“, der diese Lortatendochricht für ihre politischen Zwecke sehr willkommen gewesen zu sein scheint, gebührend kennzeichnen.

Die Unverkäuflichkeit des amtlichen Dementierabworts übersteigt alle Grenzen. Trotz unserer wiederholten Feststellungen wird auch jetzt nicht die Meldung der Telegrammunion, die die Vorstände in der Breslauer Versammlung behandelte, dementiert. Statt dessen wird nun darauf hingewiesen, unser Breslauer Genosse Gruschwitz habe in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die ganze Nachricht aufgebracht. Wie erklärt sich aber die — noch immer nicht dementierte — Meldung der Telegrammunion, daß die Mitteilung von der Außerbetriebnahme des Planes zur Erhebung des deutschen Volkes von den Vertretern des Reichstags, der Stadtverordnetenversammlung und der Wärderschaft mit Begeisterung angenommen wurde? Statt uns zu beschämen, würde die „unabhängige Stelle“ auf ihn, sich endlich zu dieser Meldung zu äußern.

Schwere Unruhen in Steffin.

W. T. B. Steffin, 18. Mai.

Zum Schutze eines Heringsdampfers, der am Seehausenwerk liegt und der gestern und vorgestern seinen Inhalt teilweise herausgebracht worden war, war eine militärische Schutzmannschaft aufgestellt worden. Auf der anderen Seite der Obermannstraße abgefeuert wurde, versuchte man, ihr die Gewehre zu entreißen. Die Soldaten feuerten, wobei ein 15jähriger Junge durch einen Handkutsch tödlich verletzt wurde. Der Menge bemächtigte sich nun große Erregung. Ein über die Kanalbrücke fahrendes Militärautomobil, das halten mußte, weil die Brücke hochgezogen war, wurde seines Inhalts, Militärgewehre, herausgehoben. Soldaten schossen sich von der Schneckenlocherne Waffen und Munition. Gegen 2 Uhr rückte die Wache ab, auf der Brücke blieb sie sich auf. Die Soldaten warfen die Gewehre weg und liefen davon. Die Menge griff die Gewehre auf und feuerte hinter den Soldaten drein. Dann wurden die in der Nähe der Kanalbrücke stehenden Häuser nach geschickten Schüssen durchsucht, von denen aus einzelne gefunden und abgeführt wurden. Gegen 4 Uhr nachmittags kamen von der Oberstadt Regimentsstruppen und säuberten die Straßen unter fernwährendem Feuer. Ein Mann, der auf die Truppen schuß und auf Anruf „Danks hoch!“ nicht hörte, wurde niedergeschossen.

Dann wurden Verhandlungen eingeleitet, als deren Ergebnis die Soldaten die Waffen niederlegten und abrückten. In der Oberstadt soll es ebenfalls zu schweren Straßenschlachten gekommen sein, doch sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt. Augenblicklich wird die Grenadierkompanie beschossen; das Feuer wird von innen erwidert. Die Unterstadt ist zur Zeit ruhig.

Aus Steffin sind durch das Wolffsbureau schon einmal schwere Unruhen gemeldet worden, deren Ursach sich dann als verlogen herausstellten. Man wird also auch in diesem Falle erst zuverlässigere Nachrichten abwarten müssen.

Aus der Partei.

Ein glänzender Erfolg in Thüringen.

Bei den Wahlen zum Reichstag in Schleusingen, die im Regierungsbezirk Erfurt liegt und bisher eine reaktionäre Hochburg war, wurden 21 unabhängige Sozialdemokraten, 2 Rechtssozialisten und 3 bürgerliche gewählt. Auch der Wahl sind die Reichstagskandidaten in der Stadt Schleusingen mit dem von ihnen gewählten Kandidaten geschlossen zur U. S. P. übergetreten, so daß wir im Reichstag 2 Abgeordnete, die Rechtssozialisten dagegen nur einen abgeben haben.

Wenigstens soweit Mannschaften dabei in Betracht kamen, das Verbrechen stark gefördert.

Dieser Spurensatz ist das Gerücht wie so vielen anderen auf der Hand liegenden Verengungen nicht nachgegangen. Es war in der Hauptsache bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß das Edenhotel in seiner Verbindung mit der Wörstadt stand. Den Beweis dafür hat das Gericht aber nicht erbracht. Es ist charakteristisch, daß der Vorsitzende an keinen der angeklagten Offiziere die Frage gerichtet hat, warum sie den durch einen Kolbenstoß verwundeten Genossen Liebschütz nicht sofort auf der Wörstadt gegenüberliegenden Unfallstation verbinden ließen. Die Offiziere bemühten sich nicht einmal, die Art der Verwundung festzustellen, die Liebschütz durch den Kolbenstoß erhalten hatte. Keiner der Angeklagten konnte über die Art und den Umfang der Verwundung genaue Angaben machen. Das läßt doch zum mindesten den Schluß zu, daß ihnen der von Runge geführte Kolbenstoß keine unangenehme Angelegenheit war. Sie hatten als Transporteur des gefangenen Dr. Karl Liebschütz den Auftrag, den Gefangenen ordnungsgemäß abzuliefern. Sie hätten also, neben der sofortigen Feststellung der Verwundung und neben sofortiger ärztlicher Hilfeleistung alles tun müssen, um den Täter an Ort und Stelle festzusetzen. Und der Täter hätte sofort erarrestiert werden können, wenn man die Absicht gehabt hätte, ihn zu erarrestieren.

Nach schwerer wird diese vom Gericht durchaus dunkel gebliebene Angelegenheit dadurch, daß, wie wir schon mehrmals erwähnt, der Nager Runge eine knappe Stunde später seine Frau Rosa Luxemburg das gleiche Verbrechen an dem Täter. Auch hier keine sofortige Festnahme noch dem Täter. Auch hier keine Untersuchung der schwer verwundeten Gefangenen auf ihre Transportfähigkeit hin. Seine Rehabilitierung der in dichter Nähe abgewandten Unfallstation. Vielmehr eine sofortige Beiseitensetzung der Verwundeten mit anschließendem neuen Verbrechen!

Und das Kriegsgericht hat auch in diesem Falle bei der Verhandlung keine Fragen gestellt, durch die diese schwerwiegenden Umstände aufhellen würden. Nicht anders verhält es sich damit, daß die Angeklagten der Reihe nach das Sprüchlein verlasen, sie hätten erst in der Voruntersuchung erfahren, daß Runge die Schläge geführt habe. Das ist einfach nicht zu glauben. Runge sah im Wärdhof des Edenhotels. Seine Kameraden suchten, daß er die Schläge geführt hatte. Hotelgäste und Hotelangestellte wußten ebenfalls von seiner Tat.

Die Offiziere des Edenhotels wußten „nichts“ davon. Daß sie nicht sofort Nachforschungen nach diesem Verbrecher anstellten, beweist ihre Missetat. Denn sie waren durch ihre Dienstvorschriften dazu verpflichtet. Daß sie den Verbrecher laufen ließen, „weil nichts gegen ihn vorlag“, beweist die Verwundungsbefunde. Und daß während der schließlichen Verhandlung auf diese schwerwiegenden Umstände nicht eingegangen worden ist, beweist, daß es auch heute noch den maßgebenden Stellen nicht daran liegt, das Verbrechen restlos aufzuklären. Nur ein ordentliches Gericht wird völliges Licht in das Dunkel bringen können. Das Kriegsgericht hat sein Urteil nur auf „Zufälle“ gestützt.

Justizdebatten.

Im Haushaltsausschuss der preussischen Landesversammlung gab es gestern eine umfangreiche Erörterung des Gefängniswesens. Genosse Dr. Rosenfeld trug alle die Klagen vor, die in letzter Zeit über die Zustände in den Gefängnissen laut geworden sind, insbesondere kritisierte er die mangelhafte Verpflegung der Gefangenen und die Zurückhaltung von Lebensmitteln, die den Gefangenen von Nicht-Angehörigen gebracht werden. Unser Vertreter forderte die Beseitigung der „Käfige“ in Plüßensee und die Richtbenutzung der Zellen und im Keller gelegenen Zellen des Strafgefängnisses Moabit (Holl Rodet), er verlangt die Freisetzung von Arbeitverweigerern zu den jetzt neuangelegten Gefängnisbetrieben, die Einrichtung besonderer Jugendgefängnisse, die Erziehung der an die Gefangenen gezahlten Löhne (jetzt höchstens 200 M. pro Tag!!!), die Ausgestaltung der Fürsorge für die zur Entlassung Kommenden. Dr. Rosenfeld forderte auch die Schaffung neuer Stellen für Unterbeamte, um das Hilfspersonal anzuheben und die Klagen. Die Reichsversammlung unterstützte diese Klagen. Sie verlangte insbesondere die Beseitigung der wertlosen Literatur aus den Gefängnisbibliotheken und die Schaffung guter Bekleidung für die Gefangenen. Auch Vertreter bürgerlicher Parteien unterstützten einzelne sozialdemokratische Forderungen. Von diesen wurde besonders über die Erleichterung des Verkehrs der Verteilung mit den Untersuchungsgefangenen Klage geführt. Der Justizminister am Reichshof versprach Abhilfe der Beschwerden und versicherte, daß er die humanen Anordnungen des Reichsjustizministers Dr. Rosenfeld billige und für ihre Durchsetzung sorgen werde. Die Debatte wurde auf den 24. Mai vertagt. Dann soll auch über die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgestimmt werden.

Schließung der technischen Hochschulen.

In der Technischen Hochschule Charlottenburg fand gestern eine allgemeine Studentenversammlung statt, die sich mit dem Eintritt der Studenten in die freiwilligen Wehrverbände beschäftigte. Man beriet sich auf eine Mode des „ehemaligen Sozialisten“ Rosta im Reichshausklub akademischer Verhältnisse, in der die Studenten zu den Waffen gedrungen werden. Die Studentenschaft nahm zum Schluß, ohne daß eine Debatte zur Diskussion wurde, eine Resolution an, die die sofortige Schließung der technischen Hochschulen von der Regierung fordert.

Bezeichnend für den Geist der Versammlung waren die mit ungebührlichem Beifall aufgenommenen Auslassungen eines Hochschülers, der es als einen großen Fehler bezeichnete, daß der unheimliche II. Weltkrieg abgebrochen worden sei und die Reorganisation von Passagierschiffen unterlassen habe.

Die deutschen Gewerkschaften gegen den Gewaltfrieden.

Eine Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften, die in den letzten Tagen in Berlin zusammengetreten war, hat eine scharfe Protestresolution gegen den Gewaltfrieden der Entente einstimmig angenommen. Die Entschiedenheit stellt fest, daß die Gewerkschaften der Ententeforderungen am liebsten die deutsche Arbeiterklasse treffen würde.

Sollen wir unterzeichnen?

Kauf der Rede, die Genosse Saase am Dienstag, den 13. Mai, in den Comenius-Saal, wollen wir einige Ausführungen ihres programmatischen Charakters halber nachtragen. Saase führte unter anderem aus:

4 1/2 Jahre des furchtbaren Nordens haben die Bourgeoisie nicht so erregt wie die Bekanntgabe des Friedensvertrages. Auch ein Teil des Proletariats glaubt in diese Enttäuschung einzutreten zu müssen. Vieles hat man schon gesagt: „Das deutsche Volk ist um eine Illusion ärmer geworden.“ Ja, die Illusionspolitik mußte enttäuscht sein. Aber wir können bei nächster Gelegenheit nicht gut erwarten, daß der Sieger den Besiegten milde und großmütig entgegenzuteilen werde. Viele geben ihrer Enttäuschung über die Stellung des Präsidenten Wilson Ausdruck. In bestimmten Kreisen war es bei uns während des Krieges üblich, Wilson als hinterhältig und schamlos zu verzeichnen, als sei sein 14-Punkte-Programm unser einziger Rettungsanker gewesen. Ihn als den größten Menschenfreund und Idealisten zu umarmen. Nun, Wilson ist kein Schurke, aber er kann sich auch nicht loslösen von den Einflüssen der Kapitalistenklasse, aus deren Boden er herausgewachsen, deren Exploitation er ist. Seine Ideologie ist ehelich, aber er muß andächtig, was Industrie- und Finanzkreise seines Landes verlangen. Man konnte um so weniger auf Großmut und Milde der Sieger rechnen, als noch kurz vor dem Zusammenbruch im Herbst Hindenburg telegraphierte: „Auch der Friede im Westen soll kein wieder Friede werden.“ Soll man von noch etwas anderes erwarten als von Hindenburg?

Sollen wir die Friedensbedingungen ohne Heuchelei und Selbsttäuschung mit gerechter Kritik betrachten, so müssen wir uns fragen: was ist in den anderen Ländern geschehen? Diejenigen von ihnen, die im Felde gewesen sind, wissen, daß die Folgen, die Nordfrankreich von den Deutschen furchtbar zugerichtet und systematisch ausgeraubt worden sind. Nicht nur hat man in den besetzten Gebieten die Fabriken zerstört, die Anlagen vernichtet, die Maschinen ausmontiert, sondern man hat auch vor den Privatbesitzungen nicht halt gemacht, hat sich nicht scheut, den Leuten das Vieh aus dem Stall, die Wolle aus den Matten zu holen. In Belgien und Nordfrankreich sind Tausende von Männern und Frauen, Mädchen und Jünglingen nach Deutschland, oft auch in die Zwangsarbeit nach Deutschland, oft auch in die besetzten Gebiete hinter der Front gebracht worden. Das wir wollen nicht vergessen, daß man so schamlos war, Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse nach Art von Dirnen auch noch gewaltsam medizinischen Untersuchungen zu unterwerfen. Die Ermordungen, die angeordnet wurden, entsprangen durchaus nicht aus menschlicher Notwendigkeit, ein Teil geschah mit der ausgesprochenen Absicht, das Wirtschaftsleben dieser Länder für ein Jahrzehnt noch nach dem Frieden zu vernichten; so wurden die französischen Kohlenbergwerke so zugerichtet, daß sie lange Jahre nicht in Betrieb genommen werden können.

Wir haben viel gutzumachen.

Wir haben viel gutzumachen. Die Unabhängigen haben deshalb schon während des Krieges einen Preis für darüber gelassen, daß wir zwar Kontributionen verweigern, aber den angerichteten Schaden ersetzen müssen. Nicht Strafgeißel, aber Ersatz verlangt die Gerechtigkeit. Sie alle wissen, welche ungeheure Zahl an Schicksals- und Suchtliche von uns aus den besetzten Gebieten herangezogen, nicht nur von den Soldaten zum eigenen Gebrauch den Resten fortgenommen, sondern noch nach Deutschland verkauft worden ist, wie man dem litauischen und polnischen Bauer oft kaum nicht nur seine letzte Kuh aus dem Stall trieb, sondern auch in „christlicher“ Gesinnung am Sonntag vor der Kirche sein letztes Pflanzfeld vom Wagen spannte. Geißelten wie diese Leuten, so warf man und ähnlich falsche Sentimentalität vor. Jetzt wird unserem Volke der Wechsel präsentiert. Die Entente verlangt neben anderen Tieren die Lieferung von 90 000 Milchschafen und 100 000 Schafen an die französische Regierung und von 50 000 Milchschafen und 20 000 Schafen an die belgische Regierung. Es ist in der Tat furchtbar für unser Volk, das schon nunmehr kaum mehr etwas Fleisch zu sehen bekommt, schon wenig Milch mehr kennt, es sei denn für die Kranken und die kleinsten Kinder, das alles noch herausgeben zu müssen. Aber noch jenen Methoden mußten wir damit rechnen, und der Friedensvertrag erklärt ausdrücklich, daß es sich um Gegenstände handelt, die von Deutschland beschlagnahmt worden sind und auf deutschem Gebiet vorhanden sind.

Auch sonst ist der Friedensvertrag unannehmbar hart.

Die Entente verlangt, daß wir alle zerstörten Handelsschiffe und Kriegsschiffe ersetzen. Wir müssen also nicht nur alle Kriegsschiffe und U-Boote herausgeben, sondern auch Handelsschiffe, deren wir zur Reuebelegung des Handels, zur Herstellung von Lebensmitteln bitter bedürfen. Ja, von den auf verlorenen Werften neu zu bauenden wird die Ablieferung einer halben Tonnage bis zu 200 000 Bruttotonnen gefordert. So wird uns die Wahrung eines geregelten Handelsverkehrs auf absehbare Zeit erschwert. Aber, so müssen wir auch hier wieder fragen:

Wer ist schuld daran?

Wer ist schuld daran? Sollen wir den bürgerlichen Parteien, den Beschwornen Soldaten, den Offizieren, den Oberen und Scheidemann nicht hunderte Male sagen: „Wacht! Ihr denn nicht, daß eure Politik des Immer-festsitzens, des Durchhaltens, des Weiterkämpfens bis zum Weisheitsstunde zur Katastrophe, zum Ausgewandert- und Vernichtetwerden führt? Demals hat man uns verachtet, da hat man keinen Frieden schließen wollen, obgleich sich genug Gelegenheiten dazu boten. Die Mehrheitssozialisten pflegten uns allerdings mit dem Hinweis zu antworten: „Unser Kaiser hat ja mehrere Male seine Friedensbereitschaft kundgegeben.“ Wirklich, der Ex-Kaiser wollte Frieden schließen, aber einen solchen, bei dem er den anderen den Fuß auf den Hals setzen konnte. Verlobte er doch im Dezember 1918 in seiner Pfälzhausener Rede: Wir wollen den Frieden, denn wir sind die Sieger! Wie ein solcher Friedensvertrag aussieht, das erleben wir jetzt, doch nicht erst jetzt, wir erleben es schon, als die Deutschen im Osten Sieger waren, wir erleben es in Breslau, Litowsk und Warschau. Es liegt in uns dieser Geist, ja hören auf, wenn wir leben, wie die Leuten heute, die damals mit Hurra und Huzza den Russen und Amerikanern einen Gewaltfrieden aufzulegen, jetzt nicht nur schmecken

und freuzen, sondern sich noch in die Loge der Unschuldengel halten, mit Empörung das Weltgewissen anrufen und in sittlicher Entrüstung verlangen, daß man ihnen einen Frieden des Rechts gewähre. Ein Stresemann regt sich darüber auf, daß der schamlose Kaiser vor ein auswärtiges Gericht gestellt würde, da das jedem Völkerrichte Lohn spreche. Aber dieser selbe Stresemann forderte noch vor einem Jahre, daß man den Rumänienkönig absetze und ihm den Thron mache. Daß man es nicht tat, nannte er eine unergötliche Schwäche der gutwilligen Deutschen. Jetzt wird dieselbe Forderung als eine Grausamkeit und Verhöhnung des Völkerrichts bezeichnet... Die Entente verlangt auch, daß die anderen

Schuldigen zur Verantwortung

gezogen werden. Diese Forderung hätte sich die Regierung ersparen können, wenn sie selbst diese Leute ernsthaft zur Rechenschaft gezogen hätte. Das empfanden die Schuldigen selbst sogar als ganz natürlich. Als der 9. November ausbrach, schüttelten die hohen Herrschaften den deutschen Stolz von ihren Hüften, auch Herr Tirpitz zog sich in ein Versteck zurück, und Herr Ludendorff slog nach Schweden, weil ihm der Boden hier zu heiß geworden war. Aber jetzt sind sie alle wieder zurückgekehrt. Es kann ihnen ja auch nirgends so gut gehen wie bei der Regierung Ober-Scheidemann, wie unter dem Schutze des Kofke!

In dem Friedensvertrage wird weiter gefordert, daß die Dokumente über den Kriegsausbruch von uns veröffentlicht werden müssen. Auch das hätte man sich ersparen können. Als wir am 9. November von den Massen zur Führung der Regierungsgeschäfte berufen wurden, haben wir verlangt, daß die Dokumente herausgegeben werden sollten. Nicht aus Liebhaberei gegenüber der Entente, sondern aus Verpflichtung gegenüber unserem eigenen Volke. Denn das Volk sollte selbst beurteilen, wer das Verbrechen von 1914 begangen hat. Genosse Kautsky hat alle Dokumente zusammengestellt. Ingoischen erfolgt unser Kautsky aus der Moskwa. Nun der Dokumentenband fertig ist, hat die neue Regierung erklärt, sie halte den Zeitpunkt zur Herausgabe nicht für geeignet, und hält die Veröffentlichung zurück. Diese Regierung Erberger-Scheidemann-Debrück erachtet es überhaupt offenbar für eine besondere diplomatische Klugheit, das Notwendige niemals aus freien Stücken zu tun, sondern sich immer erst dazu zwingen zu lassen. Und so wird es kommen, daß diese Dokumente, die Kautsky für das deutsche Volk zusammengestellt hat, an die Entente herausgegeben werden müssen!

Eine Bedingung des Vertrages ist geradezu unerträglich. Die Entente verlangt von uns, daß wir in 2 Jahren

20 Milliarden in Gold

bezahlen sollen. Unsere Mark hat jetzt einen herzlich schlechten Wert. 20 Milliarden in Gold bedeuten heute 55 Milliarden in Papier. Woher nehmen und nicht stehlen? Ja, selbst das Stehlen würde nichts nützen. Diese Zahlung ist unmöglich. Wo nicht ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, hat auch die Entente ihr Recht verloren. Das haben die Verbündeten wohl auch selbst befürchtet und in einem Paragraphen vorgesehen, daß, wenn Deutschland nicht zahlungsfähig sein sollte, eine Kommission ihm entgegenkommen solle. Und die fremden Kommissionen, die sich jetzt in Deutschland aufhalten, sind bereits angewiesen, eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit einzuleiten. Ich nehme an, daß es möglich sein wird, diese Schuldsumme herabzubringen — wenn man sich vernünftig benimmt...

Saase protestierte dann gegen den Gewaltfrieden, gegen die verächtliche Annexion des Saargebietes, gegen die unantwortliche und verbrecherische Witzrede Dänzigs, gegen das Unrecht, das an Deutsch-Oesterreich verübt werde und wozu dann die Frage auf:

Was wird nun werden?

Man wird in Verhandlungen eintreten. Auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebieten könnten wohl Erleichterungen erzielt werden. In der Frage der Grenzverschiebungen ist dies schwer zu erwarten.

Nach der Rede, die gestern der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach gehalten hat, und die heute schon selber im Auslande in aller Munde ist, wird die Hoffnung auf Wahrung der wirtschaftlichen und finanziellen Vorschläge tief gesunken sein. Diese Rede in diesem Augenblicke war ein Verbrechen, ein Skandal. Sie hat die schon mehrfach erwähnte Position der deutschen Friedensunterhändler aufs äußerste erschwert. Was hören wir denn immer von vielen vernünftigen Leuten im neutralen und gegenwärtigen Ausland sagen? Wir trauen dem deutschen Volke nicht. Die Revolution ist ja gar keine wahre Revolution gewesen. Der Geist, der in der Regierung lebt, ist der alte Geist. Man sieht nicht nur diesen Geist, man sieht dieselben Methoden, ja Klümmern. Wenn die ausländischen Kommissionen, die hier tagen, jeden Tag die Anschlagzettel sehen mit all den furchtbaren Blatoten, die zur Wirkung neuer Freiwildigenkorps aufrufen, sollen die da glauben, daß der

Geist des Militarismus

tot sei? Und wenn sie erlauben, wie die Weisheitslügen in feindliche Städte rufen, um der Regierung Anerkennung zu verschaffen, wie die tatsächliche Macht schon wieder in den Händen der alten Generale liegt, wenn sie sehen, wie in Moskau, beim Prozeß gegen die Liebknechtmörder, die Offiziere mit Kowalew und umgarnetem Revolver auf der Anklagebank erscheinen, nachdem sie lange trotz dringendem Nachdruck schon nicht worden sind, und wie überall die Wagenkassendiebstahl von der Regierung liebedeul geschäft, die Arbeiter in die Gefängnisse gesteckt werden, soll ihnen da der Gedanke kommen, der alte Geist sei nicht mehr in Deutschland? Und wenn nach Paris Herr Vandenberg geschickt wird, der während des Krieges den Eisatz-Beziehungen des Reichs auf Selbstbestimmung abspand, und Herr Legien, der Dindenburg und Wäner vermittelte, sollen sie da an die innere Wandlung glauben? Ich mehr noch! Jetzt, wo dieser Weltkrieg hinter uns liegt, wo 2 Millionen blühende Männer verstorben, Millionen zu Krüppeln und Klagen, unzählige Frauen zu Witwen, Mütter zu Waisen geworden sind, wo eine Verwilderung und Verrohung die Folge

gewesen ist, wie man sie nie für möglich gehalten hat, da ruft dieser selbe Präsident bereits zum Revanchekrieg auf! Wo haben stets die Revanchepolitiker in Frankreich belagert, und unser unergötlicher Jaurès hat darüber selbst keine ganz freie und schließliche sein Leben in diesem Kampfe hingeworfen. Da kommt man nun dem deutschen Volke mitten in diesem Wendepunkt und verleiht den Revanchepolitiker die dumme Nebenrolle, wie unglaublich dummt! Jetzt wird noch, auf Herrn Fehrenbach hinweisend, seine kühnen Versprechungen fordern können, da Deutschland schon zum Revanchekrieg rüfte, schon die ungeliebten Kinder als Märtyrer aufzuziehe. Es ist tieftraurig, daß das möglich war.

Damit ist der Einfluß aller dieser gestärkt, die für Verschärfung der Bedingungen eintreten, der Einfluß aller dieser gestärkt, die, wie unsere französischen, englischen, italienischen, amerikanischen Parteigenossen, mit großem Opfermut gegen diese Bedingungen kämpfen.

Sollen wir unterschreiben oder nicht?

Bei den Rechtssozialisten war eine gewisse Stimmung, den Vertrag, auch wenn er hart sei, zu unterschreiben. Dann machte Stamper dafür Propaganda, den Vertrag nicht zu unterschreiben. Lieber das größte Elend auf sich nehmen, und wenn es Jahre lang dauere. Und die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb: „Lieber tot, als Sklave.“ Die bürgerlichen Fraktionen und auch die Rechtssozialisten haben gegen 5 Stimmen beschlossen, diesem Vertrag die Unterschrift zu verweigern. Scheidemann schwankte offensichtlich, er wollte, er wollte nicht. Er wird das tun, was die Mehrheit ihm vorschreibt.

Wenn nicht unterschrieben wird, wird der Feind unsere wichtigsten Wirtschaftskräfte beschaffen, die Häfen sperren und die Hungerblockade verschärfen. Das Los der 800 000 Gefangenen wird dann ganz ungewiß. Im Falle des Friedens kehren sie zurück, im Falle der Nichtunterschriftung des Vertrages müssen sie in der Fremde bleiben.

Der Grund, den die Bourgeoisie für die Ablehnung angibt, ist ein trivialer. Sie haben leicht reden: „Lieber wollen wir hungern.“ Was jetzt habe ich die hochpatriotischen Töne nur von Leuten gehört, die bisher nicht gehungert haben und auch am wenigsten hungern werden, wenn Deutschland ganz blockiert wird. Für die Massen wäre dieser Zustand aber untragbar. Schon jetzt ist die Sterblichkeit der Kinder so groß, daß man damit rechnen, in den nächsten Jahren ganze Volksschichten ausfallen lassen zu müssen, viele Lehrer nicht mehr einstellen zu können. Wer eine solche Politik unterschreibt, ist entweder ein

Hysteriker oder ein Hazardeur.

Wir wollen nicht noch einmal nach Ludendorffs Methode regiert werden.

Nun weiß man von rechtssozialistischer Seite darauf hin, daß auch die ausländischen Genossen eine Ablehnung des Vertrages erwarten. Der Geschichtswinkel, von dem dort und hier die Vorgänge betrachtet werden, ist ein durchaus verschiedener. Die ausländischen Freunde erhoffen von der Nichtunterschriftung ein Anwachsen der revolutionären Bewegung in ihren Ländern. Wir müssen uns klar darüber sein, daß eine entscheidende Umwälzung für den Augenblick dort nicht zu erwarten ist. Wir dürfen keine Illusionen hegen, unser Volk braucht den Frieden, den sofortigen Frieden. Der Friede, der im Verlaufe geschlossen werden wird, wird nicht einzig bestehen bleiben, ebenso wenig wie der von Prof. Dittmann und Bularek. Der Vertrag von Brest-Litowsk sollte nach dem Verschluß unserer Diplomaten mit den Worten beginnen: „Wir schließen einen ewigen Frieden.“ Treulich hätte sich geweiht, das Wort „ewig“ zu unterschreiben, er sah voraus, daß die Geschichte den Vertrag widerlegen wird. Auch wir sehen unsere Hoffnung auf die geschichtliche Entwicklung. Die Revolution ist nicht aufzuhalten, sie macht nicht Halt an der deutsch-französischen Grenze. Obwohl in den streitenden Staaten sind die hemmenden Kräfte stärker — doch sind auch dort erst einmal die Soldaten demobilisiert, so werden sie stürmisch ihr Recht fordern. Frankreich ist ebenso verschuldet wie wir, auch dort weiß kein Finanzminister, wie er die Schulden tilgen soll. Wenn dort die Sozialisten erst zur Herrschaft kommen, so besteht dieser Friede keinen einzigen Tag mehr. Darauf haben wir zu bauen, und nicht auf den wiedererwachten Geist von 1914. Wenn die Regierung darauf spekuliert, eine neue Auguststimmung auch bei dem Proletariat zu erzeugen, so wird sie sich berechnen. Zum großen Male lassen sich die deutschen Arbeiter nicht vom nationalstimmigen Taumel hinreißen. Wir wollen nicht eine Politik des Wahnsinn. Sie führt zu nichts, als zu neuem Blutvergießen und bringt uns am Ende doch zur Annahme noch härterer, noch drückender Friedensbedingungen. Deshalb fordern wir: Man muß verhandeln, um zu erreichen, was irgend zu erreichen ist, man mag protestieren, aber

man muß schließlich unterschreiben.

Nun kommen die Bürgerlichen und sagen: Dann übernehmt ihr Unabhängigen doch die Regierung und unterschreibt selbst. Das möchte den Herren so passen! Nein, diese falsche, kalt gütige Suppe, die sie mit den Regierungsozialisten zusammengebräut haben, ausgießen, das überlassen wir ihnen selbst. Und wenn sie uns dann vorwerfen, wir wollten und vor der Verantwortlichkeit d.ä.ä.ä. so sagen wir ihnen offen: Gewiß, wir wollen die Regierungsgewalt übernehmen, und könnten wir es heute tun, wir würden und nicht besinnen. Aber wenn wir die Regierung übernehmen, so nicht um diesen Vertrag zu unterschreiben und uns am nächsten Tage von der Kasse zu werden zum Teufel jagen zu lassen. Nur, wenn die Revolution solche Resultate gemacht hat, daß die Masse der Arbeiter sich zusammenschließt, um eine einheitliche sozialistische Regierung zu bilden, die von einem revolutionären Geiste erfüllt ist, dann ist der Augenblick für uns gekommen. Diese Regierung wird ihre Aufgabe darin sehen, unter allen Umständen Frieden zu schließen, jeden Fall mit der Bourgeoisie abzuschließen und trotzdem der sozialistischen Ordnung den Weg zu ebnen. Jetzt sind wir noch nicht so weit. Wir wollen zum Ziel kommen nicht durch einen Putsch, nicht durch die vorübergehende Aneignung der Nationalversammlung, sondern allein durch den Willen der großen Masse des Proletariats.

Denn handelt es sich nicht um eine vorübergehende Episode, sondern um eine dauernde Herrschaft, die besonders

